

## Die Bundesrepublik in Westeuropa - heimliche Großmacht oder un-heimliche Dominanzmacht?\*

---

*Frieder Schlupp, geboren 1944 in Gelbingen/Schwäbisch Hall; 1966—1970 Studium der Politikwissenschaft in Berlin; 1970—71 und 1976—77 Mitarbeiter an DFG-Forschungsprojekten; 1971-73 als Harkness Fellow Studienaufenthalt in den USA; seit 1974 wissenschaftlicher Angestellter am Fachbereich Politikwissenschaft an der Universität Konstanz-Europa: Integrationsfortschritte oder internationale Klassengesellschaft?*

1979 — zum „Jahr Europas“ ausgerufen — neigt sich allmählich dem Ende zu. Auf den ersten Blick mag es so scheinen, als habe dieses „Europa“-Jahr der westeuro-

---

\* Der vorliegende Beitrag nimmt Untersuchungsergebnisse auf, die an anderer Stelle begründet überprüft wurden; er begnügt sich daher mit knappen Hinweisen. Umfassendere Ausführungen enthalten: Christian Deubner/Udo Rehfeldt/Frieder Schlupp - Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung: Interdependenz, Divergenz oder Dominanz?, in: Robert Picht (Hrsg.): Deutschland/Frankreich/Europa, München 1978; 91 ff; sowie das Heft 1/1979 der Zeitschrift Leviathan. Der in Vorbereitung befindliche Abschlußbericht über das von Prof. G. Ziebur geleitete DFG-Forschungsprojekt „Internationalisierungsprozeß, Staatsintervention und gesellschaftliche Entwicklung in Westeuropa . . .“ wird umfangreiche Analysen der Position Frankreichs und der Bundesrepublik in der internationalen Arbeitsteilung enthalten.

päischen Integration noch einmal bedeutende Fortschritte gebracht, die die tiefgreifenden ökonomischen und politischen Krisen der EG wie ihrer meisten Mitgliedsländer verblassen lassen sollten.

Mit der Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS) scheint ein neuerlicher und erfolgversprechender Anlauf in Richtung auf eine künftige Wirtschafts- und Währungs-„Union“ gemacht, der endlich die überfällige Vertiefung und Vollendung des Gemeinsamen Marktes voranbringen soll. Fast 27 Jahre nach dem ersten Zusammentreten der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und 21 Jahre, nachdem sich die gemeinsame parlamentarische Versammlung aller drei Gemeinschaften den Namen „Europäisches Parlament“ verlieh, sind mit den ersten direkten Europawahlen die Bestimmungen der Europäischen Verträge erfüllt; das direkt gewählte Parlament soll die Bürger Europas näher an die europäische Integrationspolitik heranbringen und zur Politisierung wie Demokratisierung der Gemeinschaftsinstitutionen und Gemeinschaftsprozesse beitragen. Mit dem Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Griechenland ist überdies die neuerliche Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft nun zum Süden hin eingeleitet worden, welche bald auch noch Portugal und Spanien einschließen wird und damit den Ausblick auf eine künftige größere europäische Gemeinschaft eröffnet, die weit über das traditionelle Kerneuropa hinausgreift und eventuell alle demokratischen bzw. demokratisierten Staaten Westeuropas immer unmittelbarer in einen umfassenden wirtschaftlichen Integrations- und politischen Einigungsprozeß einbeziehen würde.

Aber trotz all der vielen europäischen Leerformeln, die vielerorts die Europa-programme und Wahlaufufe bestimmt haben und zumeist nichts als europäische Langeweile haben aufkommen lassen<sup>1</sup>, zeigen die zum Teil überaus heftigen politischen Auseinandersetzungen und polemischen Konfrontationen in verschiedenen Mitgliedsländern über die Europawahlen, das EWS und die EG-Süderweiterung an, daß zumindest in diesen Staaten das Ziel der „Politisierung“ der Europapolitik — als zugleich Innen- und Außenpolitik - erreicht wurde; freilich in einer Form und auch in einer Richtung, die so kaum vorhergesehen worden sein dürfte.

Vor dem aktuellen Hintergrund verstärkt ungleicher nationaler Entwicklungen und einer durch die direkten ökonomischen Auswirkungen und indirekten politischen Rückwirkungen der weiter anhaltenden zweiten Weltwirtschaftskrise in diesem Jahrhundert deutlicher sichtbar gewordenen strukturell ungleichen wirtschaftlichen Arbeitsteilung und politischen Machtverteilung in Westeuropa sind nämlich internationale polit-ökonomische Divergenzen und strukturelle Disparitäten in den Brennpunkt der politischen Aufmerksamkeit gerückt. Die Einführung des EWS hat erneut die ökonomische Position der Bundesrepublik und Frankreichs in der EG

---

<sup>1</sup> Vgl. Gilbert Ziebur: Weiter im alten Trott, in: Wirtschaftswoche Nr. 25, 18. Juni 1979; 25.

zum politischen Problem werden lassen. Die Süd-Erweiterung wird die Probleme der Unterentwicklung von Randzonen in Westeuropa mit sich bringen, die die bisherigen Entwicklungsunterschiede der westeuropäischen Kerngemeinschaft quantitativ und qualitativ ausweiten und die Europäische Gemeinschaft nun auch weithin sichtbar als „internationale Klassengesellschaft“ hochentwickelter, weniger entwickelter und unterentwickelter Gesellschaftsformationen und Regionen figurieren läßt.

Im folgenden soll versucht werden, am Beispiel der Politisierung der westdeutschen ökonomischen Position und politischen Rolle in der EG aufzuzeigen, welche widersprüchlichen subjektiven Einschätzungen und welche objektiven Widersprüche mit der Bundesrepublik verbunden sind.

*Das „Modell Deutschland“: Buhmann oder Bösewicht  
in der französischen Innenpolitik*

In Frankreich hat die Politisierung der Europapolitik, die schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung zu beobachten war, ein Ausmaß erreicht, welches es verbieten sollte, daß man darüber einfach mit dem Hinweis auf überspannte Eigenarten französischer Innenpolitik hinweggehen könnte. Bei diesen polemischen politischen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und Parteigruppierungen, aber auch und gerade innerhalb der Parteien zwischen Parteiflügeln und -fraktionen, stand oft die Einschätzung der Bundesrepublik im Brennpunkt. Der innenpolitische wie ideologische, außen- wie europapolitische Konflikt hinsichtlich der Bedeutung des „Modells Deutschland“ einerseits für die künftige Entwicklung Frankreichs, andererseits für die Zukunft der europäischen Integration hat sogar weithin andere Themen überschattet.

In Frankreich sind Parteien und relevante gesellschaftliche Gruppierungen jenseits all der scharfen Gegensätze in einem zentralen Punkt einig: Daß nämlich der Bundesrepublik im (West-)Europa der ausgehenden 70er und anbrechenden 80er Jahre kraft ihrer innenpolitischen Homogenität, ihrer binnenwirtschaftlichen Stabilität und außenwirtschaftlichen Stärke, ihrer privilegierten atlantischen Sonderbeziehung zu den USA wie ihres beträchtlichen weltpolitischen Einflusses in allen Konflikten der Weltgesellschaft eine überragende, wenn nicht sogar beherrschende ökonomische Position und politische Rolle zukomme. Die westdeutsche Außen- und Europapolitik, insbesondere aber die Ausrichtung der westdeutschen Binnen- und Außenwirtschaftspolitik werde auch die Entwicklungschancen der westeuropäischen Nachbarländer wie der Europäischen Gemeinschaft als Ganzes maßgeblich beeinflussen oder gar bestimmen.

Über diese Grundübereinstimmung hinaus sind aber auch Gegensätze in den Einschätzungen der Bundesrepublik und in den Schlußfolgerungen hinsichtlich der

eigenen innen- und außenpolitischen Strategien zu verzeichnen<sup>2</sup>. Während etwa die Giscardianer die Bundesrepublik als ein enorm erfolgreiches Modell stabilitätsorientierter Binnen- und liberaler Außenwirtschaftspolitik betrachten, welches auch in Frankreich Anwendung finden müßte, bezichtigen ihrerseits vor allem die (Alt-)Gaullisten die Regierungskoalition, mit einer solchen Haltung zur „Partei des Auslands“ übergelaufen zu sein; Chirac beschwor gar die Existenz einer arbeitsteiligen Vorherrschaft über Frankreich und Westeuropa, welches die wirtschaftliche Unabhängigkeit und politische Souveränität Frankreichs fundamental bedrohe und damit Frankreichs nationale Größe untergrabe.

Für die Führung der Kommunistischen Partei Frankreichs gilt die Bundesrepublik als die mächtigste Stütze des amerikanischen Imperialismus in Westeuropa; jeder weitere Ausbau der Gemeinschaftsinstitutionen und -prozesse werde daher Frankreich nur noch weiter der monopolistischen Konkurrenz des amerikanischen und westdeutschen Finanzkapitals ausliefern und es endgültig zu einer „zweitrangigen Provinz im amerikanisch-germanischen Imperium“ machen. Bei den französischen Sozialisten sind divergente und ambivalente Einschätzungen der Bundesrepublik und deren Rolle und Bedeutung in Westeuropa festzustellen. Starke Vorbehalte, ja sogar Ablehnung der sozial-liberalen Innen-, Wirtschafts- und Europapolitik etwa seitens des CERES<sup>3</sup> stehen einer Richtung gegenüber, die ausgesprochen oder unausgesprochen insbesondere von der programmatischen und politischen Diskussion innerhalb der SPD und des DGB beeinflusst ist<sup>4</sup>, während weite Teile in Führung und Mitgliedschaft zwischen einer faszinierten Kenntnisnahme der wirtschaftlichen Erfolge des „Modells Deutschland“ und einem unverhohlenen Unbehagen hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Implikationen dieses „Modells“ hin und her schwanken - und sich auf ein Europa beziehen, das „entweder sozialistisch - oder nicht sein“ wird (bzw. sein soll); dabei schwingt unübersehbar die Furcht vor einer übermächtigen Bundesrepublik mit, deren politisches, wirtschaftliches und ideologisches Gewicht die Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderungen in Frankreich einschränken würde.

#### *Die Reaktion in der Bundesrepublik*

In der Bundesrepublik haben die überaus hitzig und zumeist auch propagandistisch-polemisch geführten Auseinandersetzungen der französischen Wahlkämpfe kaum hinreichende Aufmerksamkeit und Bereitschaft zum Verständnis gefunden,

---

2 Im folgenden stütze ich mich vor allem auf französische und westdeutsche Pressemeldungen. Kurze Überblicke geben z. B. Jean-Paul Jacque: Das französische Parlament vor den allgemeinen und direkten Wahlen zum Europäischen Parlament, in: *Integration* 3/1978; 90 ff.; Roland Höhne: Europawahlkampf in Frankreich, in: *Die Neue Gesellschaft* 4/1979; 294 ff.; Peter Reichel: Politisierung und Demokratisierung der EG?, in: *aus politik und Zeitgeschichte* 21/1979; 3 ff.

3 Es handelt sich hier um eine Organisation des linken Flügels der sozialistischen Partei unter der Führung von J. Chevenement, die insbesondere eine sozialistische Mittelmeerstrategie anstrebt. Vgl. etwa: CERES: *Le compromis géographique*, in: *Reperes* 33; 1976.

4 Vertreten z. B. durch Michel Rocard oder Gilles Martinet, vgl. etwa die Beiträge in: *Faire* No. 7, 1976.

dafür aber um so mehr aufgeregtes Unverständnis und empörte Entrüstung ausgelöst. Kritik an der Bundesrepublik wurde zumeist als anti-deutsche Diffamierung und anti-germanische Denunzierung zurückgewiesen; statt sich mit den Gründen und Hintergründen solcher Kritik zu befassen, stieß man sich so ausgiebig an der zuweilen unschönen Form der Kritik, daß für eine inhaltliche Auseinandersetzung kaum mehr Raum blieb. Wenn dann aber doch noch auf Argumente eingegangen wurde, pflegten diese oft genug als bloße innenpolitische Winkelzüge oder wahlkampfaktische Finessen abgetan zu werden. Überwiegend wurde die Bundesrepublik als wehrloses Opfer französischer Wahl- und Diffamierungskampagnen dargestellt, die nur deshalb als Dominanz- und Hegemonialmacht in West-Europa hingestellt werde, um als Prügelknabe für anscheinend unlösbare innergesellschaftliche Konflikte und offenbar ungelöste binnen- und außenwirtschaftspolitische Strukturprobleme erhalten zu können.

Dem wurde das „wahre“ Bild der Bundesrepublik als eines europäischen Musterknaben entgegengehalten, der sich unermüdlich und selbstlos der europäischen Einigung widme und im übrigen auf eine überaus erfolgreiche und zukunftsweisende Wirtschaftspolitik verweisen könne. Nur zu gern wird die Bundesrepublik als europäischer Musterschüler, opferwilliger Zahlmeister, kompromißbereiter europäischer Mittler und ehrlicher integrationspolitischer Makler hingestellt; selbst noch zaghafte selbst-kritische Einwürfe bleiben daher durchaus vereinzelt oder verhallen ungehört. Wenn etwa Bruno Friedrich das laute und einmütige westdeutsche Bekenntnis zu Europa als „zu vordergründig und flach“ bezeichnet und die Frage stellt, ob wir Deutsche überhaupt fähig seien, „europäisch zu denken und zu handeln“, also in Europa mehr als nur „den Schnittpunkt der eigenen ökonomischen Interessen zu sehen“<sup>5</sup>, muß dies als seltene Ausnahme betrachtet werden. Und wenn Ralf Dahrendorf der bundesdeutschen Europa-Politik den Spiegel vorhält und rhetorisch fragt, wer denn die großen Fortschritte der europäischen Entwicklung verhindert habe und zu dem kommt, daß eben „die Insistenz der Bundesrepublik auf dem Modellcharakter ihrer eigenen Ordnung in den letzten Jahren das wesentliche Hindernis für Fundamentalfortschritte in der Europäischen Gemeinschaft“<sup>6</sup> war, erhält er in einer „nur mit Bedenken“ erfolgten offiziösen Antwort vor allem den Verweis, Dahrendorf als Liberaler „sollte wissen, daß Europa innen- und außenpolitisch ein Scherbenhaufen wäre, wenn wir unsere Partner nicht wenigstens bis zu einem gewissen Grade von der Notwendigkeit weltöffener, am Wettbewerb orientierter Politik hätten überzeugen können“. Der westdeutsche „Kampf in der Gemeinschaft für eine marktwirtschaftliche Ordnung und gegen protektionistische und dirigistische Bestrebungen“ habe Europa nicht verhindert, sondern ganz im Gegenteil erhalten<sup>7</sup>.

5 Bruno Friedrich: Denken wir Deutsche als Europäer?, in: Vorwärts vom 23. 11. 1978; 3.

6 Ralf Dahrendorf: Offener Brief an die EGM-Redaktion, in EG-magazin 4/1978; 21.

7 Ulrich Everling: Schwarzer-Peter-Spiel ohne Ende?, in: EG-magazin 5/1978; 7. Prof. Everling ist Leiter der Europa-Abteilung im Bundeswirtschaftsministerium.

*Außenwirtschaftlicher Liberalismus als Freihandels-Imperialismus*

Sieht man sich somit in der Bundesrepublik gern in der Rolle des europäischen Biedermannes, gerät das Bild der Bundesrepublik in weiten Teilen des Auslands schnell in die Nähe eines innenpolitischen Brandstifters und europapolitischen Unruhestifters, der unter Berufung auf die liberalen Prinzipien der Marktwirtschaft und des Freihandels wie unter Beschwörung stabilitätsfixierter Wirtschaftspolitik auf der materiellen Basis seiner absoluten wirtschaftlichen Konkurrenzvorteile eine Europa- und Integrationspolitik verfolgt, die nur noch als qualitative Steigerung einer nationalen Strategie des „Imperialismus durch Freihandel“ angemessen beurteilt werden kann.

Weil die westdeutsche Wirtschaft zumeist als strukturell dominante Ökonomie<sup>8</sup> betrachtet wird, deren — allein schon quantitatives — Übergewicht die anderen westeuropäischen Ökonomien erdrückt, und deren Konkurrenzvorteile diese Ökonomien zur strukturellen Abhängigkeit verurteilen, erscheint dann die Europäische Gemeinschaft lediglich noch als polit-ökonomischer Rahmen, der der überlegenen westdeutschen Exportwirtschaft offene Märkte garantiert und die unterlegenen Partner- und Konkurrenzländer gar noch vertraglich daran hindert, angesichts der destabilisierenden Überschussposition der westdeutschen Wirtschaft zu defensiven — freilich dirigistischen und protektionistischen - (Notwehr-)Maßnahmen zu greifen.

Vor diesem Hintergrund liegt es dann auch nahe, die Bundesrepublik in Westeuropa als zumindest latente und tendenzielle Hegemonialmacht zu begreifen: Die in der Bundesrepublik oft genug zur Schau gestellte wirtschaftspolitische Kraftmeierei und finanzielle Zahlmeisterei, europapolitische Schulmeisterei und gesellschaftspolitische Besserwisserei erscheint dann als Beweis einer offenen Hegemonialpolitik, die sich Westeuropa nur als Europäisierung des „Modells Deutschland“, also die europäische Integration nur als eine Subordination unter bundesdeutsche politische Prioritäten, ökonomische Interessen und gesellschaftspolitische Präferenzen vorzustellen vermag. Das EWS muß dann auch und vor allem als DM-Zone<sup>9</sup>, die Süd-Erweiterung auch als Vergrößerung der westdeutschen Einflußsphäre und die bundesdeutsche Rolle als Zahlmeister<sup>10</sup> der EG auch als ein Indiz der großen Finanzkraft der Bundesrepublik erscheinen.

Weigert sich die Bundesregierung, etwa den Forderungen der kapitalistischen Partner- und Konkurrenzländer wie der Sekretariate Internationaler Organisationen nach einer „reflationären“ Binnenwirtschafts- und zurückhaltenden Exportpo-

<sup>8</sup> Das Konzept der „dominanten Ökonomie“ geht auf Francois Perroux: Entwurf einer Theorie der dominierenden Wirtschaft, 1948, zurück. Zur weiteren Entwicklung dieses Konzeptes in der französischen bürgerlichen Diskussion vgl. Deubner/Rehfeldt/Schlupp/Ziebura: Die Internationalisierung des Kapitals, Frankfurt 1979; 30 ff.

<sup>9</sup> Vgl. etwa Alexandre Faure/Daniel Biron: Le Mark Souverain, in: Le Monde Diplomatique 11/1978.

<sup>10</sup> Auf ERE-Basis beliefen sich 1977 die westdeutschen EG-Nettozahlungen auf 1466,9 Mill. ERE (82,6% der gesamten EG-Nettotransferzahlungen); 1978 sind diese jedoch auf 596,8 Mill. ERE gesunken. Vgl. Handelsblatt vom 20. 7. 1979; 10.

litik nachzukommen, unterstreicht dies dann bloß die einseitige, auf Kosten und zu Lasten der Konkurrenten gehende Ausrichtung der westdeutschen Wirtschaftspolitik, die vor allem auf eine Reproduktion der strukturellen Exportüberschüsse abzielt, damit aber die Defizitpositionen der vielen Problemländer und deren binnenwirtschaftlichen wie innergesellschaftlichen Krisen noch zusätzlich vertieft. Und beharrt die Bundesregierung auf ihrem Standpunkt, nicht nur im Bereich der Ordnungspolitik, sondern etwa auch auf dem Gebiet der Konjunktur- oder Währungspolitik ganz selbstverständlich wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Anpassungen lediglich von den Partner- und Konkurrenzländern zu fordern - also asymmetrische Anpassungsverpflichtungen herbeizuführen, die nicht etwa den Überschußländern, sondern den anderen Ländern die ökonomischen Kosten und politischen Lasten zu tragen auferlegen<sup>11</sup>, macht dies dann nur deutlich, daß westdeutsche Europapolitik sich in der Substanz praktisch darauf reduziert, ordnungspolitisch ein marktwirtschaftliches Europa durchzusetzen. So sollen die westdeutschen Exportüberschüsse garantiert werden und die westdeutsche Stabilitätspolitik, sozialpartnerschaftliche Gesellschaftspolitik samt gewerkschaftlicher Mitbestimmung zum „Modell“ erhoben werden. „Frankreich und die Bundesrepublik - ob man dies nun mag oder nicht - sind die stärksten wirtschaftlichen Kräfte in Westeuropa. Erst seitdem sich unser westlicher Nachbar zum Markt hin und vom Staat weg orientiert, können wir die währungspolitische Gemeinsamkeit mit Aussicht auf Erfolg versuchen“ (Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff)<sup>12</sup>. Wirtschaftspolitische „Konvergenz“ ist aus solcher Sicht offenbar erst dann zu konstatieren, wenn sich die wirtschaftspolitischen Ziele und Instrumentarien der anderen westeuropäischen Länder den bundesdeutschen Mustern und Maßstäben angeglichen haben.

#### *Zur Apologetik westdeutscher Europapolitik*

In Anbetracht solcher politischer Einstellungen und Einschätzungen, die in Frankreich von einer umfangreichen theoretischen Reflexion gestützt und begleitet werden<sup>13</sup>, sollte es in der Bundesrepublik nicht hinreichen, einfach polemisch oder bloß apologetisch zu reagieren<sup>14</sup>. Wenn man sich schon sicher ist, „daß die Bundesrepublik mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt in Westeuropa wirtschaftliche Da-

11 Vor allem die britische Regierung hat bei den Verhandlungen um das EWS gefordert, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Verpflichtungen, die ein solches System beinhaltet, „die stärkeren Länder nicht minder als die schwächeren treffen müssen, denn sonst wird größere Wechselkursstabilität nur dadurch erreicht, daß sich die schwächeren Länder unnötigerweise zu deflationären Politiken gezwungen sehen und dadurch das Wachstum innerhalb der Gemeinschaft, ja in der ganzen übrigen Welt beeinträchtigt wird“. Vgl. Uwe Andersen: Das Europäische Währungssystem, in: *aus politik und Zeitgeschichte* 16/1979; 10.

12 Otto Graf Lambsdorff, in *Handelsblatt* vom 29. 12. 1978.

13 Vgl. die Kommentare und Texte in: Deubner/Rehfeldt/Schlupp/Ziebura: Die Internationalisierung des Kapitals und die kurze Übersicht: Barbara Mettler-Meibom/Peter Mettler: Internationale Arbeitsteilung: Entwicklungstendenzen aus französischer Sicht, in: *Wirtschaftsdienst* 7/1976; 360 ff.

14 Vgl. Michael Kreile: Die Bundesrepublik — eine „economie dominante“ in Westeuropa?, in: *aus politik und Zeitgeschichte* 26/1978; 3 ff.; Joachim Hütter: Die Stellung der Bundesrepublik in Westeuropa: Hegemonie durch wirtschaftliche Dominanz?, in: *Integration* 3/1978; 103 ff.; Ernst-Otto Czempel: Die Bundesrepublik - eine heimliche Großmacht?, in: *aus politik und Zeitgeschichte* 26/1979; 3 ff.

ten setzt, die für die anderen EG-Partner maßgebend und unkorrigierbar sind", kann nicht bezweifelt werden, daß die Bundesrepublik eine dominante Ökonomie ist, deren Dominanz eben darin besteht, international die eigenen nationalen ökonomischen und politischen, gesellschaftlichen und technologischen Präferenzen als Norm durchzusetzen.

Und wenn man die Bundesrepublik einerseits „wirtschaftlich, also auch politisch" als „Weltmacht" ansieht, sollte man es nicht bei der Behauptung bewenden lassen, die Bundesrepublik nutze „ihre wirtschaftliche Stärke nicht zu einer hegemonialen Position aus", setze sie „aber auch nicht zugunsten der westeuropäischen Integration ein"<sup>15</sup>. Da müßte dann schon ausgeführt werden, welche Form und Art, welcher Inhalt und welche Qualität der westeuropäischen Integration denn zum Maßstab genommen wird.

Parteien, Gewerkschaften und Journalisten in der Bundesrepublik sind sich einig, daß uns die EG etwas gebracht hat. Stellt man die Budget-Kosten der EG den wirtschaftlichen Vorteilen der westdeutschen Wirtschaft gegenüber, kann die EG sicherlich als „eine preiswerte Einrichtung" eingeschätzt werden<sup>16</sup>. Von der Bundesrepublik aus betrachtet scheidet die Rationalität der europäischen Integration jedenfalls keinesfalls „an der Blindheit der integrativen Prozesse"; ein Kardinalproblem europäischer wirtschaftlicher Integrations- und politischer Einigungsbestrebungen liegt vielmehr darin, daß die Bundesrepublik lediglich als eine Fortsetzung ihrer eigenen nationalen wirtschaftlichen Expansions- und insbesondere Exportinteressen mit anderen Mitteln betrachtet<sup>17</sup>.

Die noch sooft wiederholten und von allen Parteien immer wieder feierlich bekräftigten Europa-Beteuerungen ändern daran nichts. „Wenn ich höre, daß alle Parteien hier im Bundestag einmütig beschwören: das Ziel der deutschen Europapolitik ist die europäische Föderation, der Bundestag, dann krieg' ich Schreikrämpfe! Tut mir leid! Da kann ich Sie nicht ernst nehmen!"<sup>18</sup> Solange in der Bundesrepublik die orthodoxe Einseitigkeit der europapolitischen Praxis, die dogmatische Verödung der Europa-Ideologie, die sterile Selbstgefälligkeit und penetrante Selbstgerechtigkeit der Europa-Debatte und auch die analytische Verarmung wie apologetische Verkürzung der Integrationstheorie anhält, so lange wird das „Modell Deutschland" in Europa berechtigtes Mißtrauen, berechnete Kritik und berechnete Widerstände herausfordern.

---

<sup>15</sup> Czempel S. 13-15.

<sup>16</sup> Vgl. z. B. SPD-Europa-Informationen 1; 2. „Was hat uns die EG gebracht?"; DGB-Info - Die Europäische Gemeinschaft - Was bringt sie uns wirklich?; Claus Schöndube: Wer gibt, wer nimmt in der EG?, in: Das Parlament 16/1978; 11.

<sup>17</sup> Egon C. Heinrich: Unser Export braucht die EG, in: Das Parlament 22/1977; 3.

<sup>18</sup> Antwort der als Sachverständige gehörten Beate Kohler auf eine Einlassung des MdB Lange (SPD) im Rahmen der öffentlichen Informationssitzung des Auswärtigen Ausschusses am 29. und 31. Mai 1978 zum Thema „Erweiterung der EG nach Süden". Deutscher Bundestag. 8. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuß, Protokoll Nr. 32 und 33, Teil I; 339.



*Die Europäische Gemeinschaft als internationale Klassengesellschaft*

Wer von westeuropäischer wirtschaftlicher Integration und politischer Einigung redet, sollte daher - gerade in der Bundesrepublik - auch nicht von ökonomischer Dominanz und politischer Hegemonie schweigen. Und wer von der Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft, der wirtschafts- und währungspolitischen Konvergenz wie der Süd-Erweiterung spricht, sollte - gerade in der Bundesrepublik - nicht übersehen, daß Westeuropa im allgemeinen und die Europäische Gemeinschaft im besonderen von einer international wie innernational ungleichen wirtschaftlichen Arbeitsteilung und politischen Machtverteilung<sup>19</sup> beherrscht ist, also als „internationale Klassengesellschaft“ (EG-Kommissar Haferkamp) konstituiert wird. Entgegen allen Beteuerungen ist sie eben nicht von Interdependenzbeziehungen, sondern von Dominanz- und Dependenzverhältnissen geprägt. Sie ist nicht vom Prinzip einer gerechten Arbeitsteilung in Produktion und Austausch wie einer solidarischen und kollektiv nützlichen politischen Zusammenarbeit, sondern von der Realität einer ungleichen und ungerechten Teilung der gesellschaftlichen Arbeit und politischen Macht gekennzeichnet<sup>20</sup>. Das System der kapitalistischen Klassengesellschaft, über den bürgerlichen Nationalstaat vermittelt, ist auf die internationale (west-)europäische Ebene übertragen.

Es wäre verfehlt, die gegenwärtigen konjunkturellen und strukturellen Differenzen innerhalb und zwischen den westeuropäischen Gesellschaftsformationen der Institutionalisierung regionaler Integrationsmechanismen anzulasten. Die strukturell ungleiche nationale Entwicklung und die ungleiche internationale ökonomische Arbeitsteilung und politische Machtverteilung müssen vielmehr als historische und zugleich logische Produkte der Entwicklung des Kapitalismus und der kapitalistischen Entwicklung in Westeuropa betrachtet werden. Zu fragen bleibt dann freilich, ob und in welchem Maße die je spezifische Form und Funktion der verfolgten Integration zu einer Verringerung oder Vertiefung der Ungleichheiten auf nationaler wie internationaler Ebene beigetragen hat.

Schon eine erste grobe Untersuchung macht deutlich, daß die Integration allen Proklamationen zum Trotz die Funktion gehabt hat, die schon vordem bestehenden strukturell ungleichen Entwicklungsprozesse sogar noch weiter zu vertiefen. Im internationalen Vergleich der Wirtschaftsleistung hat sich der absolute wie relative Abstand zwischen den hochentwickelten und weniger- bzw. unterentwickelten Mitgliedstaaten in den 20 Jahren des Bestehens der EG beträchtlich erhöht; auf der Ebene der Regionen ist dieselbe Entwicklung zu beobachten. Der hochentwickelten und hochindustrialisierten Kerngemeinschaft stehen konzentrische Kreise von immer weiter entfernten, immer weniger industrialisierten, immer weniger entwickel-

19 Vgl. z. B. Dudley Seers/Bernard Schaffer/Marja-Liisa Kiljunen (Eds.): *Underdeveloped Europe*, Hassocks 1979.

20 Vgl. Frieder Schlupp/Salua Nour/Gerd Junne: *Zur Theorie und Ideologie internationaler Interdependenz*, in: PVS-Sonderheft 5/1973; 245 ff.

ten, immer abhängigeren und unterentwickelten Randregionen gegenüber; trotz der umfangreichen Bevölkerungsemigration aus diesen Peripherien haben sich auch hier die absoluten wie relativen Abstände zwischen Kern- und Randgebieten vergrößert und erreichten Ende der 70er Jahre ein Verhältnis von ca. 8—10: 1<sup>21</sup>.

Desgleichen haben sich die nationalen Wachstums- und Inflationsraten der EG-Mitgliedsländer gerade in den 70er Jahren enorm auseinanderentwickelt. Während die nationalen Arbeitslosenquoten bei hohem Niveau geringere Divergenzen aufweisen, werden die enormen und anhaltenden Ungleichgewichte der Handels- und Zahlungsbilanzen neben den Öldefiziten vor allem von der horrenden Überschußposition der westdeutschen Wirtschaft verursacht. Um nur ein Beispiel zu nennen, steht dem 1970-1977 kumulierten Außenhandelsüberschuß der Bundesrepublik von umgerechnet 96 780 Mill. \$ ein kumuliertes britisches Defizit von -56 533 MM. \$ (Frankreich: -27566 Mill. \$; Italien: -32 701 Mill. \$) gegenüber. Zwischen 1973 und 1978 kumulierte die westdeutsche Wirtschaft allein im Warenverkehr mit den 9 EG-Mitgliedsländern einen Überschuß von insgesamt 61 377 Mill. DM; sie trug damit maßgeblich zur Verschärfung der innergesellschaftlichen Konflikte, binnenwirtschaftlichen Schwierigkeiten und außenwirtschaftlichen Problemen der Nachbarländer bei.

#### *Die Eindämmung defensiver Struktur- und reformistischer Entwicklungspolitik*

Solche international destabilisierenden Überschüsse machen durchsichtig, warum etwa Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff trotz der unübersehbaren Krise des regionalen Liberalisierungshandels in Westeuropa eine gar noch weitergehende Liberalisierung fordert, gleichzeitig aber im Verein mit der westdeutschen Wirtschaft<sup>22</sup> der EG-Kommission die Berechtigung abspricht, in den Mitgliedsländern der Gemeinschaft strukturpolitische Programme für Krisen- und Wachstumssektoren auszubauen oder sektorale Aspekte einer zukunftssträchtigen „Wachstumsstrategie“ der Gemeinschaft als Ganzem zu konzipieren und zu propagieren<sup>23</sup>.

Denn die ordo-liberale und freihändlerische Integrationspolitik des Gemeinsamen Marktes und der gemeinsamen ordnungspolitischen Strategie schreibt politökonomische Rahmenbedingungen fest, die der Bundesrepublik stabile Überschüsse und Expansionsmöglichkeiten bieten. Zugleich schränken sie aber die weniger wohlhabenden, weniger entwickelten, weniger konkurrenzfähigen oder absolut

21 Vgl. D. Biehl/E. Hussmann/S. Schnyder: Zur regionalen Einkommensverteilung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: *Die Weltwirtschaft* 1/1972; 64 ff.; insbesondere Schaubild 2; 75; Kommission der Europäischen Gemeinschaften; System von Strukturindikatoren, Brüssel 1975; Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Jahreswirtschaftsübersicht 1978-1979, Brüssel 1978; Handelsblatt vom 7. 3. 1979; 36; H. Strohmeier: Irland: Schwierigkeiten und Chancen eines kleineren Landes in EG-Randlage, in: *Eurocooperation* No. 21; 66.

22 Otto Graf Lambsdorff: Die Bewältigung des Strukturwandels in der Marktwirtschaft, in: *aus politik und Zeitgeschichte* 47/1978; 3 ff., und „Industrie gegen Strukturfonds“, *FAZ* vom 17. 7. 1979; 9.

23 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Bericht der Kommission an den Europäischen Rat über Fragen des Wirtschaftswachstums, Brüssel 1978.

benachteiligten Mitgliedsländer binnen- wie außenwirtschaftspolitisch ein oder ent-  
waffnen sie gar. Das folgt der Logik einer kapitalistischen Konkurrenz, die auf der  
Basis ungleicher Entwicklung und ungleicher internationaler Arbeitsteilung, fort-  
schreitender Konzentrations- und Zentralisierungsprozesse, der Oligopolisierung,  
Monopolisierung und Internationalisierung des Kapitals als die Macht der Stärke als  
„liberales“ Recht setzt<sup>24</sup>.

Eine solche Logik aber muß die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Un-  
gleichheiten verschärfen. Natürlich müssen einer ordo-liberalen europäischen Inte-  
grationspolitik Maßnahmen wie nationale Programme zur Vergemeinschaftung von  
Schlüsselindustrien, investitionslenkende Planungsabsprachen zwischen Regierung,  
Gewerkschaften und „strategisch placierten“ Großkonzernen aktive und direkte  
staatliche Beschäftigungs-, Investitions- und Preispolitik, Kontingentierung von be-  
stimmten Importen, nationale Kontrolle und Überwachung von internationalen  
Geld- und Kapitalbewegungen u. ä. als systemverändernde Strategien erscheinen,  
die die liberalen Spielregeln verletzen, vor allem aber die eigenen absoluten Vorteile  
und oligopolistisch abgesicherten Vorsprünge einschränken könnten.

Unterschlagen wird dabei freilich, daß solche Programme und Konzeptionen,  
wie sie etwa in Frankreich von der „Vereinigten Linken“ oder in Großbritannien  
von der Labour Party vertreten wurden, zuerst und zunächst defensive, aus der  
Situation der internationalen Konkurrenzschwäche heraus geborenen Notreaktion-  
en widerspiegeln und noch keineswegs auf Dauer angelegte Gegenreaktionen auf  
ein organisiertes Integrationssystem darstellen, das sozio-ökonomische und politi-  
sche Strukturen der ungleichen Entwicklung und ungleichen Arbeitsteilung fest-  
schreibt.

#### *Export-„Modell Deutschland“?*

Nun haben sich in der letzten Zeit in der Europäischen Gemeinschaft Entwick-  
lungen vollzogen, die angesichts der hier nur kurz skizzierten Zusammenhänge dar-  
auf abzielen, ein gemeinschaftliches Finanzierungssystem<sup>25</sup> wie ein internationales  
System des Ressourcentransfers<sup>26</sup> zu etablieren, welches auf gemeinschaftlicher  
Ebene den Prozessen verstärkter ungleicher Entwicklung und Arbeitsteilung entge-  
genwirken soll und damit als eine Art innereuropäisches System von „Entwick-  
lungshilfe“ zu verstehen wäre.

24 Vgl. Frieder Schlupp: Die Internationalisierung des Kapitals und ungleiche internationale Arbeitsteilung: Das „Mo-  
dell Deutschland“ und der „Euro-Kapitalismus“ in der Krise, in: forum demokratischer Sozialismus 5; 1978; 84 ff.

25 Vgl. Bericht der Sachverständigenkommission zur Untersuchung der Rolle der öffentlichen Finanzen bei der Euro-  
päischen Integration, Band I + II, Brüssel April 1977; Dieter Biehl: Zur Rolle der öffentlichen Finanzen in der Euro-  
päischen Integration, in: Integration 2/1978; 35 ff.

26 Neben den EG-Fonds insbesondere Finanzhilfen im Rahmen des EWS. Vgl.: Entschließung des Europäischen Rates  
vom 5. Dezember 1978 über die Errichtung eines Europäischen Währungssystems (EWS) und damit zusammenhän-  
gende Fragen, in: Bull. EG 12/1978; S. 10 ff.

Dabei wird gerade die Bundesrepublik aufgefordert, ihre Führungsmachtrolle nicht für eine weitere außenwirtschaftliche Expansion zu mißbrauchen, sondern ihre Macht so zu benutzen, „als hätte man sie nicht“: „Der neuen (Wirtschafts-)Großmacht Bundesrepublik stünde es gut an, nicht Muskeln zu zeigen - ja, nicht einmal davon zu träumen, sondern Geschenke zu machen — im Interesse des Friedens<sup>27</sup>.“ Die Bundesrepublik solle also etwa maßgeblich einen „Marshall-Plan“ für Südeuropa — oder gar für die gesamte Dritte Welt mitfinanzieren, um durch massive finanzielle Mittel zu einem internationalen Struktur- und Entwicklungsausgleich beizutragen - und zugleich ihre ökonomische Stärke in ungefährliche Bahnen lenken und für wohltätige Zwecke zur Verfügung stellen zu können.

Solche Vorschläge sind naiv und gefährlich. Denn solange sich die das „Modell Deutschland“ tragenden politischen Gruppierungen und gesellschaftlichen Fraktionen weiterhin als große Export- und Expansionskoalition verstehen<sup>28</sup>, würden solche „Hilfs“-Programme doch nur als Vehikel fungieren, die westdeutschen Exporte noch zusätzlich direkt zu subventionieren und indirekt noch weiter zu stimulieren. Unter den vorherrschenden Verhältnissen würde eine solche Politik wohl gerade nicht zur bloß „heimlichen“ Großmacht Bundesrepublik führen, die ihre Bestimmung vornehmlich in der Vergabe finanzieller Hilfe und Geschenke aufgehoben sähe, sondern weit wahrscheinlicher deren ökonomische Position und politische Rolle als eher unheimliche Dominanz- und regionale Hegemonialmacht unterstreichen.

Bislang, so mag es scheinen, sind die Gewerkschaften und Arbeitnehmer mit dem Export-„Modell Deutschland“ einigermaßen gut „gefahren“ und „bedient“ worden. Die hohen Exporte und Exportüberschüsse haben Arbeitsplätze gesichert, zu Lohnsteigerungen beigetragen und das Wirtschaftswachstum stabilisiert. Rechnerisch wurden allein durch den Außenhandelsüberschuß mit der EG 1974350000, 1976 noch 210 000 Arbeitsplätze in der Bundesrepublik „gesichert“; von den gesamten Exporten in die EG hängen weit über 2 Millionen Erwerbstätige direkt und indirekt ab<sup>29</sup>. Daraus freilich den Schluß zu ziehen, nicht nur die westdeutsche Wirtschaft, sondern auch die Arbeitnehmer hätten von der EG in erheblichem Umfang profitiert; den Gewerkschaften und Arbeitnehmern in der Bundesrepublik stünden somit keine Alternativen gegenüber dem Export-„Modell Deutschland“ zur Verfügung, und sie müßten daher aus eigenem wohlverstandenen materiellem wie politischem Interesse alles daransetzen, durch maßvolle Lohnpolitik und anderen Formen

---

27 Alfred Grosser: Bonn und die Macht - haben als hätte man nicht. Keine machtpolitische Rolle ohne Bereitschaft zur Verantwortung, in: Vorwärts Nr. 4/1979; S. 3.

28 Vgl. Das „Modell Deutschland“ und seine Konstruktionsschwächen, Editorial zu: Leviathan 1/1979; S. 1 ff.; Frieder Schlupp: Internationalisierung und Krise - das „Modell Deutschland“ im metropolitanen Kapitalismus, in: Leviathan 1/1979; S. 12 ff.

29 Vgl. DIW: Die Bedeutung der Ausfuhr für Produktion und Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland, in: DIW-Wochenbericht 46/47-1978.

gewerkschaftlichen und politischen Wohlverhaltens sicherzustellen, daß durch anhaltend hohe Exportüberschüsse ihre Arbeitsplätze und ihr hoher Lebensstandard sicher bleiben, muß jedoch bei aller scheinbaren Plausibilität gerade heute nachdrücklich bezweifelt werden. Dies mag, zumal vor dem Hintergrund der unbestrittenen wirtschaftlichen Erfolge des Export-„Modells Deutschland“, sicher überraschen; eine solche These könnte freilich in kurzer Zeit — etwa bei verdoppelten Exportüberschüssen und zugleich verdoppelter Arbeitslosigkeit - geringere Verwunderung auslösen<sup>30</sup>.

Gemäß einer Status-quo-Prognose des DIW<sup>31</sup>, die im März 1979 veröffentlicht wurde und daher die neuerlichen Ölpreiserhöhungen noch nicht berücksichtigen konnte, würde der Außenbeitrag (zu jeweiligen Preisen) z. B. von 32 Mrd. DM in 1979 auf 85 Mrd. DM in 1985 zunehmen, zugleich würde die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 900 000 in 1979 auf 2 Millionen in 1985 ansteigen, die sogenannte „stille Reserve“ aber von 600 000 auf 1,4 Millionen anwachsen, so daß insgesamt von einer Arbeitsplatz"lücke" von 3,4 Millionen in 1985 auszugehen wäre.

Derartige Prognosen sind sicher mit Vorsicht zu betrachten. Sie sind aber im Prinzip eher insoweit konservativ, als sie wirtschaftliche und technologische, gesellschaftliche und politische Struktur- und Tendenzbrüche nicht in Rechnung stellen können. Solche Brüche aber und Verwerfungen sind gerade in den kommenden Jahren abzusehen; es könnte sich sogar erweisen, daß die 70er Jahre nur den Beginn einer Periode tiefgreifender weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Strukturveränderungen und Strukturkrisen angezeigt haben. Dann aber steht zu vermuten, daß eine einfache, geschweige denn erweiterte Reproduktion des Export-„Modells Deutschland“ nicht mehr in Frage kommt<sup>32</sup>. Um so mehr wären dann innergesellschaftliche Reform-Optionen und binnen- wie außenwirtschaftliche Alternativen unumgänglich.

---

30 Vgl. Gerd Junne: Internationalisierung und Arbeitslosigkeit. Interne Kosten des „Modells Deutschland“, in: *Leviathan* 1/1979; S. 57 ff.

31 DIW-Finanzierungsstruktur und Verteilungswirkungen einer nachfrageorientierten Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, in: *DIW-Wochenbericht* 13/1979.

32 Vgl. dazu: *Leviathan* 1/1979. Die Probleme, die sich aus den hier nur angedeuteten Entwicklungstendenzen des „Modells Deutschland“ für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik ergeben, sollen in einem der folgenden Hefte dieser Zeitschrift behandelt werden.